

Kommt Herrenberg in den Genuss eines kostenlosen Nahverkehrsangebots? Müssen für den Bus bald keine Tickets mehr gelöst werden? Überlegungen der Bundesregierung gehen jedenfalls in diese Richtung. Denn Herrenberg wird eine von fünf Modellstädten in Deutschland, in denen, wie es heißt, die „Wirksamkeit von Maßnahmen für eine bessere Luft“ getestet werden soll.

14.02.2018

VON DIETMAR DENNER

Vor dem Hintergrund einer drohenden Klage der EU-Kommission will die Bundesregierung ihre Anstrengungen verstärken, um in Städten den Autoverkehr zu reduzieren und damit für bessere Luft zu sorgen. Unter anderem denkt der Bund zusammen mit Ländern und Kommunen nicht nur an eine Förderung der E-Mobilität, sondern auch an einen kostenlosen öffentlichen Nahverkehr. Das geht nicht nur aus einem Brief von Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD), dem geschäftsführenden Verkehrsminister Christian Schmidt (CSU) und Kanzleramtschef Peter Altmaier (CDU) an EU-Umweltkommissar Karmėnu Vella hervor, vielmehr erhielt der Herrenberger Oberbürgermeister Thomas Sprißler erst dieser Tage „sehr kurzfristig“ einen entsprechenden Anruf, in dem ihm angekündigt wurde, dass Herrenberg neben Bonn, Essen, Mannheim und Reutlingen zu den Städten gehört, in denen „entsprechende Maßnahmen“ getestet werden sollen, wie Stadtpressesprecherin Anne Reichel gestern auf „Gäubote“-Anfrage bestätigte.

Noch vieles unkonkret

Welche „Maßnahmen“ dies sein könnten, das freilich konnte sie nicht sagen. Auch nicht, ob und wann, wie in dem Minister schreiben signalisiert wird, der kostenlose Busverkehr spruchreif werden könnte – und, vor allem, wer für seine Finanzierung aufzukommen hat. Laut dem Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) wäre dies nicht nur ein Novum in den Modellstädten, sondern in Deutschland.

Indes: „Dass wir Modellkommune werden, bedeutet für uns eine Riesenchance“, betont Anne Reichel ohne genau zu wissen, in welchem Rahmen sich das Modellprojekt abspielen wird, ob es dafür Zuschüsse



Der Herrenberger Citybus: Er könnte Fahrgäste demnächst zum Nulltarif befördern

GB-Foto: Bäuerle

gibt, ob Vorgaben gemacht werden oder die ausgewählten Städte eigene Vorschläge dazu entwickeln müssen.

Letzteres ist für Anne Reichel möglicherweise einer der Gründe, weshalb Herrenberg neben den vier anderen, sehr viel größeren Städte, für den Langzeitversuch der Bundesregierung ausgesucht wurde. Mit dem Integrierten Mobilitätsentwicklungsplan (IMEP) und dem sogenannten Green Plan leiste Herrenberg bereits Vorarbeit. Beide Initiativen haben zum Ziel, den individuellen Nahverkehr zu reduzieren. Dies, zumal Herrenberg zu den 19 Städten in Baden-Württemberg gehört, die Daten des Umweltbundesamts zufolge auch im Jahr 2017 den Grenzwert von 40 Mikrogramm Stickoxid pro Kubikmeter nicht eingehalten hatten.

Sowohl beim IMEP als auch beim Green Plan, der ohnehin schon eine Bundesförderung aus dem Fonds „Nachhaltige Mobili-

tät für die Stadt“ erhält, geht es insbesondere um die Vernetzung der verschiedenen Mobilitätsformen, mit dem Ziel, einen Umstieg vor allem auf den ÖPNV zu erleichtern. Eine Rolle bei der Auswahl Herrenbergs könnte Reichel zufolge auch die besondere Verkehrssituation gespielt haben: „Wir haben hier zwei vielbefahrene Bundesstraßen, die sich in der Stadt kreuzen.“

Während das Bundesumweltministerium gestern keine weiteren Details zu dem jetzt bekanntgewordenen Schreiben an die EU und ihren Vorstellungen zur Luftreinhaltung preisgeben wollte, gab es von Marc Biadacz bereits eine erste Reaktion: „Bundesregierung erwägt kostenlosen ÖPNV. Freue mich, dass dies in Herrenberg getestet werden soll. Damit hätten wir in meinem Wahlkreis Böblingen ein Vorzeigeprojekt für Klimaschutz und saubere Luft in deutschen Städten – auch, um Fahrverbote zu vermeiden“, twitterte der CDU-Bun-

destagsabgeordnete am gestrigen Nachmittag.

Ausschlaggebend für den Modellversuch ist der Umstand, dass die EU-Kommission die bisherigen Maßnahmen Deutschlands, um Grenzwerte für Stickoxide einzuhalten, für unzureichend hält. Sie forderte die Bundesregierung deshalb auf, nachzubessern. Im März will die EU-Kommission zudem über eine mögliche Klage vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) wegen zu hoher Luftverschmutzung gegen Deutschland und acht weitere Staaten entscheiden. Bei einer möglichen Verurteilung drohen nicht nur hohe Geldstrafen, vielmehr stehen dann auch Fahrverbote im Raum. Daher will die Bundesregierung nun Städte – unter ihnen zum Auftakt eben auch Herrenberg – darin unterstützen, wirksame Verkehrsregeln auf den Weg zu bringen, um die von Autos verursachte Umweltverschmutzung zu reduzieren.